



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schauspielergesetz
geändert wird

Wien, am 17. April 1986
Kettner/Bgm
Klappe 2259
320 - 142/86

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. GE/1986

Datum: 21. APR. 1986

Verteilt 21. APR. 1986 *Medhammer*

H. Kersch

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 28. Jänner 1986,
Zahl 30 507/52-V/1/86, vom Bundesministerium für soziale
Verwaltung übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schauspielergesetz geändert wird, gestattet
sich der Österreichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen
seiner Stellungnahme zu übersenden.

(Reinhold Suttner)
Generalsekretär

Beilagen



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schauspielergesetz
geändert wird

Wien, am 17. April 1986
Kettner/Bgm
Klappe 2259
320 - 142/86

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 28. Jänner 1986, Zl. 30 507/52-V/1/86,
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Schauspielergesetz geändert wird, beehrt sich der Öster-
reichische Städtebund folgende Stellungnahme abzugeben:

Vom Grundsätzlichen her wird die Anpassung des aus dem
Jahre 1922 stammenden Schauspielergesetzes begrüßt, doch
sollte eine solche Anpassung die in den letzten Jahrzehnten
eingetretenen Veränderungen am Theatersektor berücksichtigen
(u.a. insbesondere Regelungen hinsichtlich der Mitwirkungs-
pflicht bei Fernseh- und Rundfunkaufnahmen oder etwa die
im Kommentar ex 1974 zum Schauspielergesetz von Kapfer dar-
gelegten Probleme) und nicht Neuregelungen vorsehen, welche
betrieblich-strukturelle Veränderungen nach sich ziehen
müßten, die die bereits jetzt an der finanziellen Leistungs-
grenze angelangten Theaterunternehmungen der Städte noch
weiter belasten.

Weiters muß festgestellt werden, daß durch die beabsichtigte
Anpassung an allgemeine sozial- und arbeitsrechtliche Be-
stimmungen gerade von der bisher vom Gesetzgeber anerkannten

- 2 -

(und sachlich notwendigen) Besonderheit theaterrechtlicher Bestimmungen in wesentlichen Punkten abgegangen würde (wie Neuregelung des Geltungsbereiches, Einführung eines neuen Entgeltbegriffes, erhebliche Änderung des Urlaubsrechtes, Neuregelung der Geltendmachung des Rechts auf angemessene Beschäftigung, Neuregelung der Beendigung der Bühnendienstverhältnisse). Die Folge wären unerwünschte neue Theaterstrukturen mit kaum finanzierbaren, erheblich höheren Zuschüssen der Gebietskörperschaften.

Gerade diese z.T. theaterfremden Regelungen sind langfristig auch für die Dienstnehmer (insbesondere für junge Künstler) von Nachteil, weil sie einen kontinuierlichen, gerade bei den Bundesländer-Theatern erstrebten Ensemble-Aufbau erschweren oder - da finanziell nicht tragbar - unmöglich machen.

Schließlich wird auf die "Schutzklausel" des Finanzausgleichsgesetzes hingewiesen. Der § 5 FAG 1985, BGBl.Nr. 544/1984 verpflichtet den Bund ("Der Bund hat") ausdrücklich zur Führung von Verhandlungen vor Inangriffnahme von Maßnahmen, die mit Mehrbelastungen für die am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften, somit auch für die Städte, verbunden sind.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.



(Reinhold Suttner)
Generalsekretär